

Insolvenzrecht in der Gestaltungspraxis

Reul / Heckschen / Wienberg

3. Auflage 2022
ISBN 978-3-406-77147-7
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Reul/Heckschen/Wienberg
Insolvenzrecht in der Gestaltungspraxis


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Insolvenzrecht in der Gestaltungspraxis

Immobilien-, Gesellschafts-,
Erb- und Familienrecht

Herausgegeben von

Dr. Adolf Reul

Notar in München

Prof. Dr. Heribert Heckschen

Notar in Dresden

Honorarprofessor an der TU Dresden

Rüdiger Wienberg

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Insolvenzrecht in Berlin

beck-shop.de
3. Auflage 2022

DIE FACHBUCHHANDLUNG



C.H. BECK

Zitiervorschlag:
Reul/Heckschen/Wienberg InsR/*Bearbeiter* § ... Rn. ...


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 77147 7

© 2022 Verlag C.H. Beck oHG

Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Westermann Druck Zwickau GmbH

Crimmitschauer Straße 43, 08058 Zwickau

Satz: 3w+p GmbH, Rimpf

Umschlaggestaltung: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar

CO₂
neutral


chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Bearbeiterverzeichnis

Jens Gehlich

Rechtsanwalt und Steuerberater, Dresden

Hannes Graf

Steuerberater und Wirtschaftsprüfer, Dresden

Prof. Dr. Heribert Heckschen

Notar, Dresden

Honorarprofessor an der TU Dresden

Sebastian Herrler

Notar, München

Mario Litta

Steuerberater und Wirtschaftsprüfer, Dresden

Frank R. Primozic

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Handels- und Gesellschaftsrecht,
Fachanwalt für Steuerrecht, Frankfurt a. M.

Dr. Adolf Reul

Notar, München

Patricia Titze

Rechtsanwältin, Dresden

Dr. Jannik Weitbrecht

Regierungsrat, Freiburg

Rüdiger Wienberg

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Insolvenzrecht, Berlin

beck-shop.de
DIE FACHBLICHHANDLUNG

Es haben bearbeitet:

Jens Gehlich	§ 8 A, B I–VII
Hannes Graf	§ 2 B II 4, C XII § 5 B IX, E X § 6 B VI
Prof. Dr. Heribert Heckschen	§ 4 A I 1, 2c, 3–6, II 1–8, B–H XI § 7 § 10 B–E § 11 C–N
Sebastian Herrler	§ 6 A, B I–V, C–G
Mario Litta	§ 1 R § 4 A I 2a, b, II 9, H XII § 8 B VII § 9 G
Frank R. Primozic	§ 9 A–F
Dr. Adolf Reul	§ 2 A, B I, II 1–3, 5, III–VII, C I–XI § 3 § 5 A, B I–VIII, C–E I–IX, F, G § 10 A § 11 A, B
Patricia Titze	§ 1 A–P
Dr. Jannik Weitbrecht	§ 1 Q
Rüdiger Wienberg	§ 1 A–Q § 9 A–F

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort

In den Jahren seit 2018 hat der Gesetzgeber mit einer Vielzahl von Maßnahmen in das Umfeld von Insolvenzen, Sanierungen und Restrukturierungen eingegriffen. Die Auswirkungen, insbesondere der aufgrund der Sanierungsrichtlinie der EU erlassenen Gesetzgebung auf die Vertragsgestaltung sind immens und bis zum heutigen Tag auch noch nicht völlig bis zum Ende durchdacht. Überraschenderweise findet sich in der Vertragsgestaltung das Problem der drohenden Restrukturierung und beispielsweise der Auswirkungen auf Störfallklauseln wenig widergespiegelt. Mit dem Gesetz zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts (MoPeG) verbinden sich auch eine Vielzahl von Auswirkungen auf die Vertragsgestaltung und eine Änderung der insolvenzrechtlichen Ausgangslage.

Die Corona-Pandemie wird nach Auffassung vieler Experten dazu führen, dass sich mittelfristig auch die Insolvenzzahlen und die Zahl der Restrukturierungsverfahren deutlich erhöhen werden. All dies rückt das Insolvenzrecht und seine Auswirkungen auf die Gestaltungspraxis in den Vordergrund und hat uns dazu veranlasst, bereits drei Jahre nach der letzten Auflage eine in weiten Teilen grundlegende Überarbeitung vorzunehmen und an allen Stellen zu überprüfen, inwieweit die bisherigen Darstellungen und die zahlreichen Muster für die Gestaltungspraxis einer Ergänzung und Anpassung bedürfen.

Die vorgelegte 3. Auflage beinhaltet nun ein neues Kapitel, das sich in Grundzügen dem neuen Restrukturierungsverfahren widmet und dessen Auswirkungen auf die Praxis darstellt.

Im Übrigen bleibt es dabei, dass wir der Gestaltungspraxis die Auswirkungen einer etwaigen Insolvenz oder eines Restrukturierungsverfahrens vor Augen führen wollen und insoweit Gefahren bei der Vertragsgestaltung und Lösungsmöglichkeiten aufzeigen. Eine Vielzahl von Mustern, Formulierungshilfen und Hinweisen soll dazu beitragen, dass jeder, der Vertragsgestaltung betreibt, sei es als Rechtsanwalt, Unternehmensjurist, Insolvenzverwalter oder Notar, mit diesem Werk eine Hilfestellung erfährt.

Das Team der Herausgeber wurde unterstützt durch Frau *Patricia Titz*, Herrn *Frank Primožic*, Herrn *Dr. Jannik Weibrecht*, Herrn *Mario Litta*, Herrn *Hannes Graf*, Herrn *Jens Gehlich* sowie Herrn *Sebastian Herrler*.

München/Dresden/Berlin, im Dezember 2021

Adolf Reul
Heribert Heckschen
Rüdiger Wienberg

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Bearbeiterverzeichnis	V
Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Verzeichnis der Formulierungsbeispiele	XXIX
Verzeichnis der Gesamtmuster	XXXIII
Abkürzungsverzeichnis	XXXV
Literaturverzeichnis	XLI
§ 1. Allgemeiner Überblick über das deutsche Insolvenzrecht einschließlich des vorgelagerten Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmens (StaRUG)	1
§ 2. Vertragliche Gestaltungsmöglichkeiten mit Rücksicht auf eine potentielle Insolvenz; „Asset Protection“	77
§ 3. Immobilienrecht	187
§ 4. Gesellschaftsrecht	257
§ 5. Erbrecht	617
§ 6. Familienrecht	709
§ 7. Vollmachten in der Insolvenz	773
§ 8. Aufgaben des Insolvenzverwalters	785
§ 9. Insolvenzanfechtung	837
§ 10. Pflichten des Notars	951
§ 11. Gesamtmuster	981
Sachregister	1057

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Bearbeiterverzeichnis	V
Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Verzeichnis der Formulierungsbeispiele	XXIX
Verzeichnis der Gesamtmuster	XXXIII
Abkürzungsverzeichnis	XXXV
Literaturverzeichnis	XLI

§ 1. Allgemeiner Überblick über das deutsche Insolvenzrecht einschließlich des vorgelagerten Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmens (StaRUG)

A. Der Begriff des Insolvenzrechts	2
B. Rechtliche Grundlagen, Reformanlass und -ziele	3
I. Inkrafttreten der Insolvenzordnung im Jahr 1999	3
II. Vom Gesetz zur weiteren Erleichterung der Sanierung von Unternehmen (ESUG) bis zum Sanierungs- und Insolvenzrechtsfortentwicklungsgesetz (SanInsFoG)	4
1. Vorhersehbarkeit der verfahrensleitenden Person	4
2. Eingriff in die Rechte der Anteilsinhaber (zB Debt-Equity-Swap)	7
3. Sonstige Verbesserungen des Insolvenzplanverfahrens	8
4. Inkrafttreten des Gesetzes zur Verbesserung der Rechtssicherheit bei Anfechtungen nach der InsO und dem AnfG im Jahr 2017	8
5. Inkrafttreten des Gesetzes zur Erleichterung der Bewältigung von Konzerninsolvenzen im Jahr 2018	9
6. Gesetz zur Fortentwicklung des Sanierungs- und Insolvenzrechts im Jahr 2021	9
C. Die Insolvenzvoraussetzungen	10
I. Antragsverfahren	10
II. Rücknahme eines Insolvenzantrages	12
III. Insolvenzgründe	12
1. Zahlungsunfähigkeit, Überschuldung	12
2. Drohende Zahlungsunfähigkeit	13
3. Pandemiebedingte Sonderregelungen durch das Gesetz zur vorübergehenden Aussetzung der Insolvenzantragspflicht und zur Begrenzung der Organhaftung bei einer durch die COVID-19-Pandemie bedingten Insolvenz (COVInsAG)	14
D. Das Insolvenzeröffnungsverfahren	15
I. „Starker“ vorläufiger Verwalter mit Verwaltungs- und Verfügungsverbot	16
II. „Schwacher“ vorläufiger Verwalter ohne Verwaltungs- und Verfügungsverbot	16
E. Sanierungsmöglichkeiten in der Insolvenz	16
F. Die Entscheidung des Insolvenzgerichtes und die Beschwerde	17
I. Abweisung mangels Masse (§ 26 InsO)	17
II. Eröffnung des Insolvenzverfahrens (§ 27 InsO)	18
III. Beschwerde (§ 34 InsO)	18
G. Das eröffnete Insolvenzverfahren	18
I. Der Insolvenzeröffnungsbeschluss	18
II. Wirkungen der Verfahrenseröffnung	18

Inhaltsverzeichnis

H. Berichtstermin (§ 156 InsO)	19
I. Prüfungstermin (§ 176 InsO)	19
J. Befriedigung der Insolvenzgläubiger durch Verteilung der Masse (§§ 187 ff. InsO)	20
K. Aufhebung des Insolvenzverfahrens (§§ 200 ff. InsO)	20
L. Der Insolvenzplan (§§ 217 ff. InsO)	20
M. Das Verbraucherinsolvenzverfahren (§§ 304 ff. InsO)	24
I. Außergerichtliche Schuldenbereinigung	24
II. Gerichtliche Schuldenbereinigung	24
III. Vereinfachtes Insolvenzverfahren	25
N. Das Restschuldbefreiungsverfahren (§§ 286 ff. InsO)	25
I. Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens	25
II. Erwerbsobliegenheit des Schuldners	25
III. Erleichterung für Anträge auf Versagung der Restschuldbefreiung	26
IV. Zulässigkeit eines Insolvenzplanes in Verbraucherinsolvenzverfahren	26
O. Die Eigenverwaltung unter Aufsicht eines Sachwalters (§§ 270 ff. InsO)	26
P. Internationales Insolvenzrecht	27
I. Internationale Zuständigkeit	27
II. Arten von Insolvenzverfahren im internationalen Insolvenzrecht	28
1. Hauptinsolvenzverfahren	28
2. Sekundärinsolvenzverfahren	28
3. Partikularinsolvenzverfahren	29
III. Anwendbares Insolvenzrecht	29
Q. Das Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetz (StaRUG)	30
I. Allgemeines	31
1. Ziel und europarechtlicher Hintergrund, Verhältnis zum Insolvenzverfahren und grundsätzlicher Gleichlauf der Auslegung	31
2. Anwendbarkeit der ZPO (§ 38 StaRUG), Verfahrensbesonderheiten (§ 39 StaRUG)	33
3. Beteiligte	34
4. Krisenfrüherkennung und Krisenmanagement (§ 1 StaRUG)	34
5. Frühwarnsysteme (§§ 101 f. StaRUG)	35
6. Pflichten und Haftung bei Rechtshängigkeit einer Restrukturierungssache	36
II. Der Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmen (§§ 2–93 StaRUG)	39
1. Allgemeine Vorschriften zum Restrukturierungsplan (§§ 2–28 StaRUG)	39
2. Stabilisierungs- und Restrukturierungsinstrumente (§§ 29–72 StaRUG)	47
3. Restrukturierungsbeauftragter (§§ 73–83 StaRUG)	61
4. Grundsätzliche Nichtöffentlichkeit von Restrukturierungssachen (§§ 84–88 StaRUG)	63
5. Anfechtungs- und Haftungsrecht (§§ 89–91 StaRUG)	64
III. Sanierungsmoderation (§§ 94–100 StaRUG)	65
IV. Schematische Übersicht zu den Wirkungen des StaRUG	66
R. Steuerrecht	67
I. Steuerliche Stellung des (vorläufigen) Insolvenzverwalters/Sachwalters	67
II. Steuerliche Pflichten des Insolvenzverwalters	68
III. Externe Rechnungslegungspflichten des Insolvenzverwalters	69
IV. Steuerrechtliche Haftung des (vorläufigen) Insolvenzverwalters und des (vorläufigen) Sachwalters	71
1. Insolvenzverwalter	71
2. „Schwacher“ vorläufiger Insolvenzverwalter	72

3. „Starker“ vorläufiger Insolvenzverwalter	73
4. (Vorläufiger) Sachwalter	73
V. Auskunftspflichten des Insolvenzverwalters gegenüber Finanzbehörden	74
VI. Auskunftsansprüche des Insolvenzverwalters gegen die Finanzverwaltung	75

§ 2. Vertragliche Gestaltungsmöglichkeiten mit Rücksicht auf eine potentielle Insolvenz; „Asset Protection“

A. Allgemeines	79
B. Schutz im Falle der künftigen Insolvenz des Vertragspartners	79
I. Übersicht	79
II. Dingliche Sicherung schuldrechtlicher Leistungspflichten	81
1. Grundpfandrechte	81
2. Sicherungsgrundschuld, Abtretung der Rückgewähransprüche	82
3. Mietsicherungsdienstbarkeit, Sicherungsnießbrauch, Dauernutzungsrecht	89
4. Steuerrechtliche Hinweise	97
5. Unterlassungsdienstbarkeit	97
III. Wahlrecht des Insolvenzverwalters und Eintragung einer Vormerkung	98
1. Vollständige Vertragserfüllung beim gegenseitigen Vertrag	98
2. Insbesondere Zahlung der Grunderwerbsteuer	99
3. Rechtsfolgen des Insolvenzverwalterwahlrechts	100
4. Recht zum Besitz	101
5. Insolvenzverwalterwahlrecht bei Rechtsgeschäften des vorläufigen Insolvenzverwalters	104
6. Eintragung einer Vormerkung (§ 106 InsO); Vorkaufsrecht	105
7. Antragstellung durch den Verkäufer und Käufer, einstweilige Verfügung	107
8. Antragstellung durch den Notar	109
9. Umfang der Sicherungswirkung einer Vormerkung (§ 106 Abs. 1 S. 2 InsO)	110
10. Kein Vormerkungsschutz bei der Verwalterversteigerung	112
11. Eintragung einer Vormerkung und Anspruch auf Auflassung und Lastenfreistellung	114
12. Vormerkungsschutz bei Zubehör	116
13. Vormerkungsschutz bei mitverkauften beweglichen Gegenständen	116
14. Vormerkungsschutz bei Miet- und Pachtzinsforderungen und Versicherungsleistungen	116
15. Vormerkungsschutz bei einer unentgeltlichen Leistung	117
16. Kosten einer neuerlichen Auflassung	117
17. Aufwandspauschale bei Erfüllungswahl bzw. Erfüllung des vormerkungsgesicherten Anspruchs	118
IV. Vormerkungsschutz bei Angebot und Vorvertrag	119
1. Befristetes Angebot	119
2. Vorvertrag	120
3. Angebot mit Benennungsrecht	120
V. Insbesondere Kettenauflassung	121
1. Insolvenz des Erstverkäufers	121
2. Insolvenz des Erstkäufers = Zweitverkäufers	121
VI. Lösungsklauseln	128
1. Inhalt	128
2. Ansichten in der Literatur	129

3. Rechtsprechung zu Überlassungsverträgen	129
4. Stellungnahme	131
5. Rechtsfolgen für die Vertragspraxis	132
6. Rechtsfolgen bei Geltendmachung einer insolvenzbedingten Lösungsklausel	135
VII. Sonderfälle bei der Vereinbarung von Lösungsklauseln	137
1. Nachträgliche Vereinbarung von Lösungsklauseln	137
2. Lösungsklauseln bei beweglichen Gegenständen/Forderungen	138
3. Lösungsklauseln im Gesellschaftsrecht	139
4. Lösungsklauseln in Verträgen über fortlaufende Lieferungen	143
5. Lösungsklauseln in Bauverträgen	144
C. Schutz im Falle der eigenen Insolvenz; „Asset Protection“	145
I. Vermögenübertragung mit Rückforderungsrechten	145
II. Vermögenübertragung mit vorbehaltenen Nutzungsrechten	147
III. Risiko der Anfechtung, Strafbarkeit, zivilrechtliche Haftungsfolgen	148
IV. Pfändbarkeit von Rückforderungsrechten und vorbehaltenen Rechten	148
1. Auflösend bedingte Rechte, Pfändbarkeit von Rückforderungsansprüchen	149
2. Vorbehaltene schuldrechtliche Nutzungsrechte, schuldrechtliches Wohnrecht	153
3. Vorbehaltener Nießbrauch	154
4. Vorbehaltenes (dingliches) Wohnungsrecht, beschränkte persönliche Dienstbarkeit	155
5. Vorbehaltenes (dingliches) Wohnungsrecht und nachrangiges Nießbrauchsrecht	156
V. Pfändung und Verzicht auf den bedingten Rückforderungsanspruch	158
VI. Vermeidung der Pfändbarkeit durch Vertragsgestaltung	160
1. Vertraglicher Ausschluss der Abtretung	160
2. Auflösend bedingtes Rückforderungsrecht	160
3. Erfüllung des Rückforderungsanspruchs wahlweise an einen Dritten	160
4. Angebot anstelle eines Rückforderungsrechts	161
5. Verschweigungslösung	163
6. Einfaches Fristlösungsmodell	164
7. Lösungsklausel ohne Vormerkungsschutz?	165
8. Auflösend bedingte Vormerkung, insbesondere im Falle der Veräußerung oder Belastung mit Zustimmung des Veräußerers	165
VII. Verhinderung der Verwertung durch Nichtgeltendmachung des bedingten Rückforderungsanspruchs	167
VIII. Bestellung von Eigentümerrechten ohne Grundstücksübertragung, insbesondere Eigentümerwohnrecht	168
IX. Bedingte Rechte	170
X. Wechselseitige Einräumung von Rechten bei Miteigentum	172
XI. Einbringung in eine BGB-Gesellschaft, OHG, KG, mit Lösungsklausel und Abfindung unter dem Verkehrswert	175
XII. Steuerrechtliche Hinweise	176
1. Schenkungsteuer auf Vermögenübertragungen	176
2. Steuerliche Aspekte bei vorbehaltenen Nutzungsrechten	180
3. Rückforderungsrechte und Grunderwerbsteuer	184
4. Einbringungsfälle	185

§ 3. Immobilienrecht

A. Einfluss der Insolvenz auf die Abwicklung bestehender Grundstückskaufverträge	188
I. Die Insolvenz des Verkäufers	188
1. Insolvenzeröffnung zwischen Vertragsschluss und Antrag auf Eintragung im Grundbuch	188
2. Insolvenzeröffnung zwischen Antragstellung und Eintragung im Grundbuch	189
3. Insolvenzeröffnung und Eintragung einer Vormerkung bzw. Antragstellung	190
4. Mitwirkung des Insolvenzverwalters	190
5. Pflicht zur Mitwirkung bei vormerkungsgesicherten Ansprüchen	191
6. Mitwirkungspflicht des vorläufigen Insolvenzverwalters bei vormerkungsgesicherten Ansprüchen	191
7. Gutgläubiger Erwerb, Mitwirkung von Notar und Grundbuchamt, Sicherstellung der Eintragung im Grundbuch	192
8. Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens	193
9. Unwirksamkeit von Finanzierungsvollmachten	193
II. Die Insolvenz des Käufers	194
1. Insolvenzeröffnung zwischen Vertragsschluss und Grundbuchvollzug	194
2. Widerruf des Insolvenzverwalters bei Kaufpreisabwicklung über Notaranderkonto	195
3. Mitwirkung des Insolvenzverwalters beim Grundbuchvollzug	196
4. Sonderfall: Käufer im Restschuldbefreiungsverfahren	198
III. Sicherung der Lastenfreistellung	200
1. Direktzahlung des Kaufpreises	200
2. Kaufpreisabwicklung über Notaranderkonto	202
3. Eigentümerzustimmung	202
4. Kosten der Lastenfreistellung	203
5. Offene Wohngeldansprüche bei der Veräußerung von Wohnungseigentum	204
IV. Fälligkeitsmitteilung des Notars	205
V. Vollzugsprobleme für den Notar	207
1. § 878 BGB und die Verfügungsmacht des Insolvenzverwalters	207
2. Grundbuchvollzug nach § 53 BeurkG	209
3. Vollzug der Eigentumsumschreibung in der Insolvenz des Verkäufers	212
4. Widerruf der Verwahrungsanweisung bei Notaranderkonto	213
VI. Die Insolvenz eines wegzufertigenden Gläubigers	217
1. Löschungsbewilligung des Insolvenzschuldners	217
2. Löschungsbewilligung des Insolvenzverwalters, Löschungsvormerkung	217
3. Verpflichtung zur Löschung, Aussonderungsrecht bei einer Sicherungsgrundschuld	218
4. Treuhandanweisungen, Zahlung eines Ablösebetrages	219
5. Vertragsgestaltung, Belehrung	222
6. Fälligkeitsmitteilung des Notars	223
VII. Vertragsgestaltung und Insolvenzverwalteranfechtung	224
1. Folgen der Anfechtung	224
2. Anfechtungsfristen	224
3. Gläubigerbenachteiligung	225

4. Bösgläubigkeit des Anfechtungsgegners	226
5. Maßgeblicher Zeitpunkt	226
6. Insbesondere Immobilienrecht	226
7. Antrag auf Eintragung einer Vormerkung, Antragstellung durch den Notar	226
8. Folgen für den Anfechtungsgegner	228
9. Anfechtungssichere Vertragsgestaltung?	229
10. Formulierungsbeispiele zur anfechtungssicheren Vertragsgestaltung	239
B. Besonderheiten beim Bauträgervertrag	243
I. Insolvenzverwalterwahlrecht und Eintragung einer Vormerkung	243
II. Verwalter wählt Nichterfüllung	244
1. Aufspaltung des Bauträgervertrages	244
2. Geltendmachung des Nichterfüllungsschadens	244
3. Abtretung von Gewährleistungsansprüchen, Bürgschaft	245
4. Lösungsklausel, Rücktritt vom Vertrag	246
5. Insbesondere Freigabeverprechen, steckengebliebener Bau, Ansprüche gegen den Globalgläubiger	246
III. Verwalter wählt Erfüllung	248
1. Teilbarkeit (§ 105 InsO)	248
2. Teilbarkeit und Gewährleistungsansprüche	249
IV. Alternative: Erfüllungsablehnung und Vereinbarung einer Restabwicklungsvereinbarung	251
V. Insolvenz des Globalgläubigers	252
1. Vertragsabwicklung nach § 3 MaBV, Freigabeverprechen	252
2. Bürgschaft nach § 7 MaBV	254
VI. Fälligkeitsmitteilung des Notars und Insolvenzverwalterwahlrecht	255
§ 4. Gesellschaftsrecht	
A. Gesellschaftsrechtliche Auswirkungen der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens	260
I. Insolvenz der Gesellschaft	260
1. Allgemeines	260
2. Auswirkungen der Eröffnung des Insolvenzverfahrens auf das Handels- und Steuerrecht	263
3. Besonderheiten bei AG und GmbH, Pflichten der Organe	273
4. Besonderheiten bei GbR, OHG, KG	287
5. Besonderheiten bei GmbH & Co. KG – Simultaninsolvenz	290
6. Besonderheiten bei der WEG	292
II. Insolvenz des Gesellschafters	295
1. Die Beteiligung als Teil der Insolvenzmasse	295
2. Auseinandersetzung	296
3. Eintragung in der Gesellschafterliste	296
4. Ausübung der Rechte als Gesellschafter	297
5. Ausscheiden aus der Gesellschaft und Auflösung der Gesellschaft	300
6. Insolvenz von Geschäftsführer und Vorstand	303
7. Fortbestehen der Einlagepflichten	304
8. Teilnahme der Gesellschaftsgläubiger am Insolvenzverfahren des Gesellschafters	304
9. Steuerliche Hinweise bei Insolvenz eines Gesellschafters	304

B. Satzungsgestaltung mit Rücksicht auf die Krise	305
I. Mitgliedschaftsrechte des GmbH-Gesellschafters in dessen Insolvenz	305
1. Gesellschaftsrechtliche Rechte und Pflichten des Gesellschafters einer GmbH/UG (haftungsbeschränkt)	306
2. Vermögensrechte	317
3. Sonderrechte	318
4. Höchstpersönliche Rechte	320
5. Vinkulierungsregelungen	321
6. Teilung des Geschäftsanteils	322
7. Schiedsgerichts-/Schiedsgutachterklausel	323
8. Einziehung und Zwangsabtretung	324
9. Antizipierte Anteilsübertragung	334
10. Abtretungsermächtigung	336
11. Ausschluss	336
12. Abfindungsregelungen	338
II. Mitgliedschaftsrechte des AG-Aktionärs in dessen Insolvenz	342
1. Vinkulierungsklauseln in der Aktiengesellschaft	343
2. Die Zwangseinziehung der Aktien des insolventen Aktionärs	343
3. Anspruch auf Zuteilung neuer Aktien	344
4. Fortsetzung von Organschaftsverhältnissen	345
III. Gesellschaftsverträge von Personengesellschaften	345
1. Vertragsgestaltung bei der GbR	345
2. Vertragsgestaltung bei OHG und KG	347
C. Gesellschaftsrechtliche Instrumente zur Sanierung eines Unternehmens in der Krise	351
I. Kapital- und andere Maßnahmen in der Krise	352
1. Kapitalerhöhung	352
2. Kapitalherabsetzung	359
3. Umwandlung Not leidender Darlehensforderungen (Non-Performing-Loans) in Unternehmensbeteiligungen (Debt-Equity-Swap)	361
4. Zuführung von Kreditmitteln zur Überwindung der Krise	366
5. Abwendung einer Überschuldung durch Verfügung über Forderungen gegen die Gesellschaft	370
6. Treuhänderische Übertragung und Sicherungsübertragung an den Gläubiger/Sicherungsverpfändung	373
7. Auffanggesellschaften und Sanierungsgesellschaften	375
8. Nachschusspflichten bei Personengesellschaften („Sanieren oder Ausscheiden“)	377
II. Umwandlungsmaßnahmen zur Bewältigung der Krise	382
1. Gründe für Umwandlungsmaßnahmen in der Krise	382
2. Umwandlungsmaßnahmen vor der Krise	383
3. Umwandlungsmaßnahmen vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens	384
4. Umwandlungsmaßnahmen zwischen Insolvenzantrag und vor Eröffnungsbeschluss	406
5. Umwandlungsmaßnahmen im laufenden Insolvenzverfahren	407
6. Strafrechtliche Aspekte	415
7. Exkurs: Umwandlung und Restrukturierungsplan	416
D. Massenehrende Haftungsansprüche des Insolvenzverwalters	417
I. Ansprüche des Insolvenzverwalters gegen den Gesellschafter	417
1. Gegen den GbR-Gesellschafter	417
2. Gegen den Kommanditisten	424

3. Gegen den GmbH-Gesellschafter	434
II. Haftungsansprüche des Insolvenzverwalters gegen den Geschäftsführer	497
1. In der Kapitalaufbringungsphase	497
2. Wegen Verletzung der Kapitalerhaltungsvorschriften	499
3. In der Krise der GmbH	500
III. Ansprüche des Insolvenzverwalters gegen den Vorstand einer AG	534
1. Wegen Verletzung der Pflicht zur Verlustanzeige	534
2. Wegen verzögerter Insolvenzantragsstellung	535
3. Wegen Missachtung des Auszahlungsverbots (§ 15b Abs. 1 S. 1 InsO)	535
4. Sonstige Schadensersatzansprüche aus § 93 Abs. 2 AktG wegen Pflichtverletzung	538
IV. Haftungsansprüche des Insolvenzverwalters gegen Aufsichtsratsmitglieder	542
1. Gegen Aufsichtsratsmitglieder bei der AG	542
2. Gegen Aufsichtsratsmitglieder eines fakultativen Aufsichtsrats bei der GmbH	543
3. Gegen Aufsichtsratsmitglieder eines obligatorischen Aufsichtsrats bei der GmbH	545
E. Folgen der Gesellschafterfremdfinanzierung in der Krise	545
I. Vorbemerkung	546
II. Rückgewähr von Gesellschafterdarlehen nach § 135 Abs. 1 Nr. 2 InsO	547
1. Vorliegen einer Fremdfinanzierung	547
2. Befriedigung des Rückforderungsanspruchs	561
3. Person des Darlehensgebers	561
4. Anfechtungsgegner	566
III. Besicherung durch die Gesellschaft nach § 135 Abs. 1 Nr. 1 InsO	568
IV. Stellung von Gesellschaftersicherheiten nach § 135 Abs. 2 InsO	569
1. Regelungshintergrund	569
2. Darlehensgewährung durch einen Dritten	570
3. Bestellung einer Sicherheit für ein Darlehen	570
4. Anfechtungsgegenstand	571
5. Behandlung von Doppelsicherheiten	572
V. Kleinbeteiligten- und Sanierungsprivileg	573
VI. Strafrechtliche Aspekte	573
VII. Anwendbares Recht in grenzüberschreitenden Sachverhalten	574
F. Wahl des Insolvenzstatuts	575
I. Vorbemerkung	575
II. Verwaltungssitzverlegung ins Ausland	575
III. Satzungssitzverlegung ins Ausland	576
G. Konzerngesellschaften in der Insolvenz	579
I. Vorbemerkung	579
II. Regelungen der EuInsVO	579
III. Reform der InsO	580
H. Unternehmenskauf in der Insolvenz – Distressed M&A	582
I. Asset Deal oder Share Deal	582
II. Share Deal und (drohende) Insolvenz	584
III. Asset Deal und (drohende) Insolvenz	585
IV. Unternehmenserwerb noch vor Insolvenzantrag	586
1. Firmenfortführung (§ 25 HGB)	587
2. Haftung für Betriebssteuern (§ 75 AO)	590
3. Übergang der Arbeitsverhältnisse (§ 613a BGB)	591
4. Übergang von Grundstücken im Rahmen eines Asset Deals	591

5. Übergang von Geschäftsanteilen beim Share Deal	593
V. Haftung beim Share Deal für fehlerhafte Unternehmensangaben und -garantien	594
1. Allgemein	594
2. Haftung der Geschäftsführung für falsche Auskunftserteilung nach § 51a GmbHG	594
3. Haftung der Geschäftsführung für über § 51a GmbHG hinausgehende Ansprüche	595
4. Haftung des Erwerbers für rückständige Sozialversicherungsbeiträge ...	596
VI. Übertragende Sanierung (Asset Deal) vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens	597
VII. Übertragende Sanierung (Asset Deal) nach Verfahrenseröffnung	598
1. Vor Berichtstermin	598
2. Nach Berichtstermin	599
VIII. Ausschluss der gesetzlichen Haftung beim Erwerb aus der Insolvenzmasse	599
IX. Kartellrecht	600
X. Weitere Einzelheiten der Vertragsgestaltung	601
1. Festlegung des Kaufgegenstandes	601
2. Übernahme von bestehenden Vertragsverhältnissen	602
3. Regelungen zu Arbeitnehmern	602
4. Gewährleistung	603
XI. Vorteile beim Unternehmenserwerb nach Insolvenzeröffnung	603
1. Haftungsrechtliche Vorteile	603
2. Vorteile aus Sicht des Arbeitsrechts	603
3. Nachteile	611
XII. Steuerliche Probleme beim Unternehmenskauf	612
§ 5. Erbrecht	
A. Haftung und Haftungsbeschränkungen beim überschuldeten Erblasser	619
I. Die unbeschränkte Haftung	619
II. Ausschlagung und Anfechtung	620
1. Erbschaftsausschlagung	620
2. Anfechtung der Annahme der Erbschaft	621
III. Die Nachlassverbindlichkeiten im Einzelnen	622
1. Erblasserschulden	622
2. Erbfallschulden	623
3. Nachlasserbenschulden	623
4. Sozialhilfe	623
5. Haftung für Nachlassverbindlichkeiten	623
IV. Aufgebot und Inventarerrichtung	624
1. Aufgebot	624
2. Inventar	624
V. Haftungsbeschränkung durch Nachlassverwaltung und Nachlassinsolvenz	625
1. Nachlassverwaltung	625
2. Nachlassinsolvenzverfahren	626
3. Rechtsgeschäfte zwischen dem Nachlassinsolvenzverwalter und den Erben; Freigabe	628
VI. Haftungsbeschränkung außerhalb von Nachlassverwaltung und Nachlassinsolvenz	630
1. Dürrigkeitseinrede (§§ 1990, 1991 BGB)	630

2. Überschwerungseinrede (§ 1992 BGB)	630
3. Erschöpfungseinrede (§§ 1989, 1973 BGB)	631
VII. Besonderheiten bei der Erbengemeinschaft	631
VIII. Besonderheiten bei Geschäftsschulden	632
1. Haftung des Alleinerben aus einem einzelkaufmännischen Betrieb	632
2. Haftung der Miterben bei Fortführung eines Handelsgeschäfts	633
3. Haftung bei Fortführung einer Personengesellschaft	634
4. Haftung der Erben bei Fortsetzung einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts	634
B. Testamentsgestaltung bei überschuldeten Erben	635
I. Pflichtteilsbeschränkung in guter Absicht	635
II. Zuwendung pfändungssicherer Rechte	638
III. Kombination von Vor- und Nacherbfolge und Testamentsvollstreckung ...	640
1. Schutzwirkung der Testamentsvollstreckung	640
2. Anordnung einer Vor- und Nacherbschaft	646
3. Befreite/nicht befreite Vorerbschaft	648
4. Testierfreiheit versus Sittenwidrigkeit	649
IV. Ersatzerbenberufung und (teilweise) Erbausschlagung	653
V. Auflage zugunsten des überschuldeten „Erben“	655
VI. Zuwendung von Vermächtnissen	657
VII. Vorvermächtnis	660
VIII. Vorausvermächtnis/Teilungsanordnung	662
IX. Hinweise zum Steuerrecht	663
1. Erbschaftsteuer	663
2. Einkommensteuer	667
3. Umsatzsteuer	668
C. Regelungen für den Fall des Wegfalls der Überschuldung	669
I. Aufhebung der Beschwerden durch den Erblasser	670
II. Aufhebung der Beschwerden durch den Testamentsvollstrecker und/oder die Erben	670
1. Freigabe durch den Testamentsvollstrecker	670
2. Aufhebung der Vor-/Nacherbschaft unter Mitwirkung der Nacherben	671
III. Testamentarische Regelungen	672
1. Auflösend bedingte Anordnung der Vor- und Nacherbschaft (Bedingungslösung)	672
2. Angabe eines Motivs für die Beschränkungen (Motivlösung)	674
3. Befreiungslösung	676
4. Risiko einer Nachtragsverteilung	677
5. Ermessenslösung	680
D. Erbfall während des Restschuldbefreiungsverfahrens und Herausgabeobliegenheit	681
I. Offenbarungspflichten gegenüber dem Treuhänder	681
II. Voraussetzung der Herausgabeobliegenheit	682
III. Inhalt der Herausgabeobliegenheit	682
IV. Herausgabeobliegenheit im Einzelnen	682
1. Schuldner als Erbe	682
2. Schuldner als Miterbe	683
3. Schuldner als Vorerbe	683
4. Schuldner als Nacherbe, auflösend bedingte Vorerbschaft	683
5. Schuldner als Pflichtteilsberechtigter	684
6. Schuldner als Vermächtnisnehmer	685
7. Anordnung von Testamentsvollstreckung	685

V. Herausgabeobliegenheit bei fehlender Verwertbarkeit des Nachlasses	686
E. Verzicht auf erbrechtliche Positionen	686
I. Pflichtteilsverzicht	687
1. Verfügungsbefugnis des Schuldners	687
2. Sittenwidrigkeit	688
3. Anfechtbarkeit des Pflichtteilsverzichts	689
4. Pflichtteilsverzicht als Obliegenheitsverstoß	689
II. Erb- und Zuwendungsverzicht	689
III. Entgeltlicher Erb- und/oder Pflichtteilsverzicht	689
IV. Verzicht auf den Pflichtteilsanspruch bzw. Nichtgeltendmachung	690
1. Verfügungsbefugnis des Schuldners	690
2. Anfechtung der Nichtgeltendmachung des Pflichtteilsanspruchs	691
3. Nichtgeltendmachung des Pflichtteilsanspruchs als Obliegenheitsverstoß	692
V. Erbausschlagung	693
1. Verfügungsbefugnis des Schuldners	693
2. Anfechtbarkeit	694
3. Ausschlagung als Obliegenheitsverstoß	694
4. Sittenwidrigkeit	695
VI. Annahme/Ausschlagung oder Nichtgeltendmachung eines Vermächtnisses	695
VII. Aufhebung eines Erbvertrages	696
VIII. Erbrechtliche Auflage	696
IX. Obliegenheit zur Erbschaftsausschlagung zwecks Geltendmachung des Pflichtteilsanspruchs	697
X. Hinweise zum Steuerrecht	697
1. Erbschaftsausschlagung	697
2. Erb- oder Pflichtteilsverzicht, Nichtgeltendmachung	698
3. Annahme/Ausschlagung oder Nichtgeltendmachung eines Vermächtnisses	699
4. Auflage	699
F. Geltendmachung erbrechtlicher Ansprüche nach Beendigung des Insolvenzverfahrens bzw. nach Erteilung der Restschuldbefreiung	699
I. Nachtragsverteilung	699
II. Widerruf der Restschuldbefreiung	701
G. Sozialrechtliche Besonderheiten	701
I. Allgemeine Grundsätze	701
II. Überleitung von Ansprüchen an den Sozialleistungsträger	702
III. Sittenwidrigkeit der Erbausschlagung	703
IV. Pflichtteilsrecht	705
V. Bedürftigentestament	706
1. Sittenwidrigkeit	706
2. Bereite Mittel, verwertbares Vermögen	706

§ 6. Familienrecht

A. Allgemeines	710
I. Eigentumsvermutung nach § 1362 BGB/§ 8 Abs. 1 LPartG	710
II. Aufnahme eines Vermögensverzeichnisses (§ 1377 BGB)	711
1. Rechtsübertragung	712
2. Anfechtbarkeit; strafrechtliche Relevanz	712
3. Pflichten des Notars	712
4. Abrede bezüglich künftigen Erwerbs von Haushaltsgegenständen	713

III. Güterstandsunabhängige Haftung der Ehegatten	713
1. § 1357 BGB/§ 8 Abs. 2 LPartG (sog. „Schlüsselgewalt“)	713
2. Gesamtschuldnerische Haftung bei gemeinsamer Veranlagung (§ 26b EStG, § 44 AO)	713
3. Gesamtschuldnerische Haftung, Bürgschaft – Irrelevanz der Restschuldbefreiung	715
B. Vereinbarungen zum Güterstand	715
I. Wahl des Güterstandes	715
1. Gütergemeinschaft	715
2. Gütertrennung	720
3. Zugewinnngemeinschaft	721
II. Güterrechtliche Vereinbarungen bei Heirat eines verschuldeten Partners	724
1. Ausschluss/Begrenzung eines ggf. künftig entstehenden Zugewinnausgleichsanspruchs	724
2. Verstärkung eines ggf. künftig entstehenden Zugewinnausgleichsanspruchs	725
3. Vermögensverzeichnis	726
III. Güterrechtliche Vereinbarungen im Hinblick auf eine (drohende) Insolvenz	726
1. Realisierung des Zugewinnausgleichsanspruchs	726
2. Verzicht auf entstandene Zugewinnausgleichsforderung	730
3. Abfindung für Verzicht auf Zugewinnausgleich	732
4. Wechsel in die Gütergemeinschaft und anschließende Aufhebung der Gütergemeinschaft samt Vermögensauseinandersetzung („Güterstandsschaukel II“)	733
IV. Anfechtbarkeit ehevertraglicher Vereinbarungen und Zuwendungen	733
1. Anfechtung des Güterstandswechsels selbst	734
2. Anfechtung der durch den Güterstandswechsel begründeten Forderung	736
3. Anfechtbarkeit des Vollzugsgeschäfts	743
V. Anwendung der vorstehenden Grundsätze auf die dargestellten güterrechtlichen Vereinbarungen	745
1. Realisierung des Zugewinnausgleichsanspruchs	745
2. Verzicht auf Zugewinnausgleich	749
3. Abfindung für Verzicht auf Zugewinnausgleich	749
4. Wechsel in die Gütergemeinschaft und anschließende Aufhebung der Gütergemeinschaft samt Vermögensauseinandersetzung („Güterstandsschaukel II“)	751
VI. Steuerrechtliche Hinweise	751
1. Die Auswirkungen des Güterstandes auf die Besteuerung	751
2. Vorzeitiger Zugewinnausgleich; Güterstandsschaukel	752
C. Unterhaltsansprüche in der Insolvenz	755
I. Unterhaltsansprüche des Insolvenzschuldners	755
1. Gegen Dritte	755
2. Unterhalt aus der Insolvenzmasse (§ 100 InsO)	756
II. Unterhaltsansprüche gegen den Schuldner	756
1. Rückständige Unterhaltsverpflichtungen	756
2. Laufende Unterhaltsverpflichtungen	756
III. Obliegenheit zur Beantragung eines Insolvenzverfahrens mit Restschuldbefreiung	758
1. Gesteigerte Unterhaltspflicht gemäß § 1603 Abs. 2 BGB	758
2. Sonstige Unterhaltstatbestände	760

IV. Vereinbarungen zum Unterhalt	760
1. Anfechtbarkeit von Unterhaltsvereinbarungen	762
2. Unterhaltsansprüche im Restschuldbefreiungsverfahren	765
D. Vereinbarungen zum Versorgungsausgleich	766
I. Verzicht auf Durchführung des Versorgungsausgleichs	766
II. Ausgleich für Verzicht des Ehegatten auf die Durchführung des Versorgungsausgleichs	766
E. Hausratsverteilung	767
F. Anfechtbarkeit unbenannter Zuwendungen	768
G. Zusammenfassendes Beispiel: „Ehevertrag in der Krise“	769
I. Vereinbarung von Gütertrennung	769
1. Anfechtbarkeit des Ehevertrags	769
2. Verfügungsbefugnis des Schuldners	770
3. Vereinbarung der Gütertrennung als Obliegenheitsverstoß	770
II. Verzicht auf nahehehlichen Unterhalt	771
III. Verzicht auf den Versorgungsausgleich	771

§ 7. Vollmachten in der Insolvenz

A. Erlöschen von Vollmachten in der Insolvenz	773
I. Vollmachten seitens des späteren Insolvenzschuldners	773
II. Vollmachten auf den Insolvenzschuldner	775
B. Vollzugsvollmacht für den Notar	775
C. Vollmachtserteilung durch den Insolvenzverwalter	777
D. Generalvollmacht und Befreiung von § 181 BGB durch den Insolvenzverwalter	778
I. Generalvollmacht	778
II. Befreiung des Insolvenzverwalters von § 181 BGB	778
1. Anwendbarkeit des § 181 BGB auf den Insolvenzverwalter	778
2. Vollmachtlose Vertretung des Insolvenzverwalters und § 181 BGB	780
E. Erlöschen der durch den Insolvenzverwalter erteilten Vollmacht	781
I. Nach Amtsbeendigung	781
II. Bei Auswechslung des Insolvenzverwalters	782
III. Nach Freigabe	782

§ 8. Aufgaben des Insolvenzverwalters

A. Abschluss neuer Verträge mit dem Insolvenzverwalter	785
I. Allgemeines	786
1. Umfang der Verfügungsbefugnis des Insolvenzverwalters und Missbrauch der Vertretungsmacht	787
2. Umfang der Verfügungsbefugnis des vorläufigen Insolvenzverwalters	791
3. Verfügungsbefugnis im Verbraucherinsolvenzverfahren	794
4. Nachweis der Verfügungsmacht gegenüber dem Grundbuchamt	795
5. Lastenfreistellung, insbesondere Wohngeldrückstände	796
6. Wissenszurechnung beim Insolvenzverwalter	796
7. Zustimmungsvorbehalt der Gläubigerversammlung	796
8. Verbrauchervertrag bei Vertragsabschluss mit dem Insolvenzverwalter	797
9. Ausschluss des Vorkaufsrechts beim Verkauf durch den Insolvenzverwalter	798
10. Zustimmung nach § 1365 BGB	800
11. Alternative: Freigabe	800

12. Formbedürftigkeit bei einem Gesamtvermögensgeschäft	801
13. Bindungswirkung von Erwerbsgeschäften und Verfügungen des Insolvenzverwalters; Eintragung im Grundbuch	801
II. Gewährleistungsausschluss, insbesondere im Bauträgervertrag	802
1. Neuabschluss und/oder Änderungsvereinbarungen	802
2. Gewährleistungsansprüche als Masseverbindlichkeiten	803
3. Ausschluss von Gewährleistungsansprüchen im Verbrauchervertrag	803
4. Kein Ausschluss von Gewährleistungsansprüchen im Bauträgervertrag mit dem Insolvenzverwalter	806
5. Alternativen zum unzulässigen Gewährleistungsausschluss	807
III. Haftung für öffentliche Lasten	813
IV. Haftung und Haftungsausschluss des Insolvenzverwalters	815
V. Guter Glaube an den Insolvenzvermerk, Verfügungsbefugnis des Insolvenzverwalters	817
VI. Löschung des Insolvenzvermerks	819
VII. Rechtsgeschäfte mit dem vorläufigen Insolvenzverwalter	819
B. Freigabe durch den Insolvenzverwalter	821
I. Begriff und Folgen der Freigabe	821
II. Freigabeerklärung; Form; Nachweis; Widerruf	825
III. Freigabe bei Kapital- und Personengesellschaften	826
IV. Freigabe durch den vorläufigen Insolvenzverwalter	827
V. Freigabe im Verbraucherinsolvenzverfahren	828
VI. Freigabe vormerkungsgesicherter Ansprüche	828
VII. Freigabe der selbständigen Tätigkeit des Schuldners	829
VIII. Steuerliche und bilanzielle Auswirkungen der Freigabe	830
1. Steuerliche Auswirkungen der Freigabe von Gegenständen	830
2. Bilanzielle Auswirkungen der Freigabe von Gegenständen	833
3. Steuerliche Auswirkungen der Freigabe von Geschäftsbetrieben	834
§ 9. Insolvenzanfechtung	
A. Ziele und Abgrenzung der Insolvenzanfechtung	839
I. Rechtsnatur der Insolvenzanfechtung	840
II. Abgrenzung zur Gläubigeranfechtung	842
B. Allgemeine Regelungen	844
I. Rechtshandlung	844
II. Rechtshandlungen des vorläufigen Insolvenzverwalters und des Eigenverwalters im Antragsverfahren	846
III. Rechtshandlungen vor Verfahrenseröffnung	849
1. Vornahme des Rechtsgeschäfts (§ 140 InsO)	849
2. Eintragungen in einem Register	851
3. Bedingte und befristete Rechtshandlungen (§ 140 Abs. 3 InsO)	854
IV. Anfechtbarkeit von Rechtshandlungen nach Verfahrenseröffnung, insbesondere § 878 BGB	855
1. Stellung des Eintragungsantrags durch den Erwerber vor Insolvenzeröffnung	855
2. Stellung des Eintragungsantrags durch den Erwerber nach Insolvenzeröffnung	855
3. Eintragungsantrag des späteren Insolvenzschuldners vor Verfahrenseröffnung	856
V. Gläubigerbenachteiligung	856
1. Unmittelbare und mittelbare Gläubigerbenachteiligung	857
2. Wirtschaftliche Betrachtung	858

3. Verkürzung der schuldnerischen Haftungsmasse	858
4. Fokus: Kreditsicherheiten	861
VI. Bargeschäfte	864
1. Allgemeine Voraussetzungen	864
2. Gesetzliche Neuregelung im Jahr 2017	865
3. Einzelfälle	867
VII. Anfechtung gegenüber nahestehenden Personen	868
VIII. Anfechtungsfristen und Anfechtungsverjährung	871
IX. Rechtsfolgen der Anfechtung	873
1. Rückgewähranspruch (Primäranspruch)	873
2. Wertersatz, Nutzungen und Verwendungen (Sekundäransprüche)	875
3. Ansprüche des Anfechtungsgegners	877
4. Durchsetzung des Anfechtungsanspruchs	878
X. COVID-19-Insolvenzaussetzungsgesetz	880
1. Regelungskontext	880
2. Anfechtungsrechtliche Privilegierungen	882
XI. Unternehmensstabilisierungs- und Restrukturierungsgesetz	886
1. Rechtshandlungen während des Restrukturierungsverfahrens (§ 89 StaRUG)	887
2. Umsetzung des Restrukturierungsplans oder Sanierungsvergleichs (§§ 90, 97 Abs. 3 StaRUG)	889
3. Berechnung der Fristen (§ 91 StaRUG)	890
XII. Weitere Einschränkungen der Anfechtbarkeit	891
C. Die einzelnen Anfechtungstatbestände	892
I. Übersicht	892
II. Anfechtung wegen kongruenter Deckung (§ 130 InsO)	894
1. Voraussetzungen	894
2. Ausnahmen	896
III. Anfechtung wegen inkongruenter Deckung (§ 131 InsO)	898
1. Voraussetzungen	898
2. Beispiele aus der Rechtsprechung	900
3. Fokus: Revolvierende Sicherheiten	903
4. Ausnahmen von der Inkongruenzanfechtung	904
IV. Anfechtung unmittelbar nachteiliger Rechtshandlungen (§ 132 InsO)	905
V. Vorsätzliche Gläubigerbenachteiligung (§ 133 InsO)	906
1. Grundtatbestand (§ 133 Abs. 1 InsO)	907
2. Vorsatzanfechtung von Deckungshandlungen (§ 133 Abs. 2 und Abs. 3 InsO)	913
3. Entgeltliche Verträge mit nahestehenden Personen (§ 133 Abs. 4 InsO)	914
4. Privilegierungen	915
VI. Anfechtung unentgeltlicher Leistungen (§ 134 InsO)	916
1. Unentgeltliche Leistungen	916
2. Rechtsfolgen der Schenkungsanfechtung	921
3. Teilweise unentgeltliche Geschäfte („Gemischte Schenkung“)	922
4. Privilegierungen	923
VII. Anfechtung von Gesellschafterdarlehen (§ 135 InsO)	923
1. Anwendungsbereich: Gesellschafterdarlehen und gleichgestellte Forderungen	924
2. Anfechtungstatbestände	927
3. Praxisrelevante Gestaltungen	930
4. Privilegierungen	932
VIII. Einlagen stiller Gesellschafter (§ 136 InsO)	933

D. Anfechtung gegenüber Rechtsnachfolgern (§ 145 InsO)	934
I. Anfechtung gegenüber Gesamtrechtsnachfolgern	935
II. Anfechtung gegenüber Einzelrechtsnachfolgern	935
III. Rechtsfolgen	937
E. Rückschlagsperre (§ 88 InsO)	937
F. Internationales Insolvenzanfechtungsrecht	941
I. Bestimmung des Insolvenz- und Anfechtungsstatuts	941
II. Auswirkungen des sog. Transaktionsstatuts	941
1. Regelungskonzept	942
2. Abgrenzung zwischen Art. 16 EuInsVO und § 339 InsO	943
3. Kollisionsrechtliche Anknüpfung	943
4. Rechtsfolgen	945
G. Steuerliche Folgen der Insolvenzanfechtung	945
I. Vollstreckungsmaßnahmen	945
II. Aufrechnung	948
III. Unentgeltliche Vermögensübertragungen oder Unterwertverkäufe	948
IV. Vergleich und Verzicht auf die Ausübung des Anfechtungsrechts	948

§ 10. Pflichten des Notars

A. Umschreibung der Vollstreckungsklausel	951
I. Umschreibung für und gegen den Insolvenzverwalter	951
1. Notwendigkeit einer Klauselumschreibung	952
2. Nachweis der Rechtsnachfolge	952
3. Klauselumschreibung und Vollstreckungsverbot im Insolvenzverfahren	954
II. Umschreibung bei Wechsel des Insolvenzverwalters	955
III. Umschreibung für und gegen den vorläufigen Insolvenzverwalter	956
IV. Umschreibung im Verbraucherinsolvenzverfahren	957
V. Umschreibung im Restschuldbefreiungsverfahren	957
VI. Umschreibung nach Beendigung des Insolvenzverfahrens	958
VII. Umschreibung im Falle der Freigabe	958
VIII. Bedeutung des § 800 ZPO	959
B. Notarielle Verschwiegenheitspflicht gegenüber dem Insolvenzverwalter	960
I. Auskunftsrecht nach § 97 InsO und Verschwiegenheitspflicht nach § 18 BNotO	960
II. Erteilung von Ausfertigungen und Einsicht in Nebenakten	961
III. Auskunftsrechte des vorläufigen Insolvenzverwalters	962
IV. Auskunftsrechte des Sachverständigen bzw. des Insolvenzgerichts im Eröffnungsverfahren	964
C. Notarielle Urkundsgewährungspflicht und Verweigerung der Amtstätigkeit	964
I. Urkundsgewährungspflicht	964
II. Anfechtbare Rechtsgeschäfte	967
III. Unwirksame/unredliche Rechtsgeschäfte	968
IV. Nachträgliche Kenntnis vom Anfechtungsgrund oder der Unwirksamkeit	969
D. Notarielle Belehrungspflichten	970
I. Belehrung über die Anfechtungsvorschriften	970
II. Belehrung über die Restschuldbefreiung	973
III. Belehrung über wirtschaftliche Schwierigkeiten	973
E. Teilnahme des Notars bei Insolvenzstrafataten	975

§ 11. Gesamtmuster

A. Dauerwohnrecht	981
B. Gesellschaftsvertrag einer vermögensverwaltenden KG	985
C. Kapitalschnitt – Gesellschafterbeschluss zu einer Kapitalherabsetzung mit gleichzeitiger Kapitalerhöhung zum Zwecke der Sanierung (GmbH)	992
D. Verpfändung eines Geschäftsanteils	996
E. Verschmelzung einer GmbH auf einen Alleingesellschafter	999
F. Verschmelzung (Down-Stream-Merger)	1004
G. Verschmelzungsbeschlüsse beim Down-Stream-Merger	1008
H. Abspaltung eines Teilbetriebs einer GmbH auf eine bestehende GmbH	1011
I. Spaltungsbeschluss der übertragenden und aufnehmenden Gesellschaft	1018
J. Formwechsel einer GmbH in eine GbR	1022
K. Formwechsel einer GmbH in eine OHG	1025
L. Unternehmenskaufvertrag unter Beteiligung eines Insolvenzverwalters auf Veräußererseite (Asset Deal)	1028
M. Verkauf und Abtretung eines GmbH-Geschäftsanteils durch den Insolvenzverwalter	1042
N. Kaufvertrag über ein Grundstück mit dem Insolvenzverwalter als Veräußerer während eines Zwangsversteigerungsverfahrens	1046
Sachregister	1057



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG